



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. November 2013
(OR. en)**

**14607/1/13
REV 1**

LIMITE

**PV/CONS 45
JAI 881
COMIX 538**

ENTWURF EINES PROTOKOLLS¹

Betr.: **3260. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ UND INNERES)
vom 7. und 8. Oktober 2013 in Luxemburg**

¹ Informationen über Gesetzgebungsberatungen, sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen des Rates sind in Addendum 1 enthalten.

INHALT

Seite

1. Annahme der vorläufigen Tagesordnung 4

JUSTIZ

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

2. Annahme der Liste der A-Punkte 4
3. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung) [erste Lesung]..... 4
4. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum strafrechtlichen Schutz des Euro und anderer Währungen gegen Geldfälschung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2000/383/JI des Rates [erste Lesung] 5
5. – Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft[erste Lesung] 5
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) [erste Lesung]
6. Sonstiges..... 6

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

7. Annahme der Liste der A-Punkte 6
8. Sonstiges..... 6

INNERES

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

9. Sonstiges..... 7

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

10. Vorläufige Regelung betreffend die Aufnahme der CEPOL..... 7
11. Fragen im Zusammenhang mit dem freien Personenverkehr 7

12.	Syrien: Schutz von Flüchtlingen, jüngste Entwicklungen.....	7
13.	Lampedusa - jüngste Ereignisse: Problematik der Migrationsströme und Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer.....	8
14.	Erstes Jahresforum zu Umsiedlungsfragen, 25. September 2013	9
15.	Sonstiges.....	9
ANHANG – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....		10

*

* *

1. **Annahme der vorläufigen Tagesordnung**

14105/13 OJ/CONS 45 JAI 833

Auf Antrag Italiens ergänzte der Rat die vorläufige Tagesordnung um den Punkt "Lampedusa – jüngste Ereignisse: Problematik der Migrationsströme und Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer". Der Rat nahm die geänderte Tagesordnung an.

JUSTIZ

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

2. **Annahme der Liste der A-Punkte**

14106/13 PTS A 61

Der Rat nahm die in Dokument 14106/13 enthaltenen A-Punkte an.

Die Dokumentenangaben zu Punkt 2 müssen wie folgt lauten:

Punkt 2: 14057/1/13 REV 1 CODEC 2124 SCHENGEN 33 SCH-EVAL 114
FRONT 132 COMIX 517
14057/13 ADD 1
14057/13 ADD 2 REV 1
PE-CONS 30/13 SCHENGEN 16 SCH-EVAL 82 FRONT 61
COMIX 334 CODEC 1216

Einzelheiten zur Annahme dieser Punkte sind im Addendum zu finden.

3. **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung) [erste Lesung]**

– Orientierungsaussprache

14260/13 DATAPROTECT 138 JAI 848 MI 819 DRS 179 DAPIX 121
FREMP 140 COMIX 526 CODEC 2165

Im Anschluss an einen eingehenden Gedankenaustausch hielt der Vorsitz abschließend Folgendes fest:

- (1) Der Rat war grundsätzlich damit einverstanden, dass nach dem Verordnungsentwurf bei wichtigen grenzüberschreitenden Fällen eine einzige Anlaufstelle eingerichtet werden sollte, um zu einer einzigen Entscheidung einer Aufsichtsbehörde zu gelangen; dies würde eine rasche und konsequente Anwendung sicherstellen, Rechtssicherheit bieten und den Verwaltungsaufwand verringern. Dies ist ein wichtiger Faktor, wenn es um eine verbesserte Kosteneffizienz für international tätige Unternehmen bei der Anwendung der Datenschutzregeln geht, womit ein Beitrag zum Wachstum der digitalen Wirtschaft geleistet wird.
- (2) Es werden weitere Beratungen auf Expertenebene über ein Modell stattfinden, nach dem eine einzige aufsichtsrechtliche Entscheidung von der für die Hauptniederlassung zuständigen Aufsichtsbehörde getroffen wird, wobei die ausschließliche Zuständigkeit dieser Behörde jedoch auf die Ausübung bestimmter Befugnisse beschränkt werden würde.

- (3) Die zuständige Arbeitsgruppe wird prüfen, welche Befugnisse die für die Hauptniederlassung zuständige Aufsichtsbehörde im Einzelnen ausüben soll und welche Methoden eine größere "Nähe" zwischen Einzelpersonen und der die Entscheidung treffenden Aufsichtsbehörde schaffen, indem Aufsichtsbehörden "vor Ort" in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Diese Nähe ist ein wichtiger Aspekt beim Schutz der Rechte des Einzelnen.
- (4) Als ein weiteres wichtiges Element dieses Modells zur einheitlicheren Anwendung der EU-Datenschutzbestimmungen wird die Arbeitsgruppe ferner prüfen, welche Rolle und welche Befugnisse dem Europäischen Datenschutzausschuss im Rahmen eines Beschwerdemechanismus übertragen werden könnten.

Der Vorsitz machte deutlich, dass im Rahmen der künftigen Arbeit des Rates in diesem Sinne einige Elemente des sogenannten Modells der gemeinsamen Entscheidung berücksichtigt werden könnten.

4. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum strafrechtlichen Schutz des Euro und anderer Währungen gegen Geldfälschung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2000/383/JI des Rates [erste Lesung]**

- Allgemeine Ausrichtung
14085/1/13 REV 1 DROIPEN 114 JAI 831 ECOFIN 831 UEM 320 GAF 44
CODEC 2131

Der Rat legte im Anschluss an einen kurzen Gedankenaustausch über den in der Anlage des Dokuments 14085/1/13 REV 1 enthaltenen Wortlaut des Vorschlags eine allgemeine Ausrichtung fest. Diese wird die Grundlage für die künftigen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens (Artikel 294 AEUV) bilden.

5. – **Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft [erste Lesung]**
12558/13 EPPO 3 EUROJUST 58 CATS 35 FIN 467 COPEN 108
+ COR 1 (hr)
- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) [erste Lesung]**
12566/13 EUROJUST 59 EPPO 4 CATS 36 COPEN 109 CODEC 2163
+ COR 1

= Vorstellung durch die Kommission und Orientierungsaussprache

Der Rat

- begrüßte beide Vorschläge;

- stellte fest, dass bei beiden Dossiers noch eine Reihe von Fragen eingehender erörtert und/oder geklärt werden muss und dass die Arbeiten auf fachlicher Ebene entsprechend weiterzuführen sein werden;
- stellte fest, dass die weiteren Beratungen mit Blick darauf geführt werden sollten, die Beteiligung so vieler Mitgliedstaaten wie möglich an der Europäischen Staatsanwaltschaft sicherzustellen.

6. Sonstiges

– **Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen**

Der Rat nahm den Stand der Verhandlungen über die beiden Programme "Justiz" des MFR zur Kenntnis und stellte fest, dass eine Einigung in greifbare Nähe gerückt ist. Der Vorsitz wird alles daransetzen, in den Beratungen eine klare Trennung zwischen den Programmen "Inneres" und "Justiz" des MFR sicherzustellen, und wird die Arbeiten entsprechend weiterführen.

Der Rat nahm den Stand der Verhandlungen über die Europäische Ermittlungsanordnung zur Kenntnis.

Er stellte fest, dass die Verhandlungen über die Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten mit Blick auf eine Einigung in erster Lesung bis Ende des Jahres weitergeführt werden.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

7. Annahme der Liste der A-Punkte

14107/13 PTS A 62
+ REV 1 (pt)

Der Rat nahm die in Dokument 14107/13 + REV 1 (pt) enthaltenen A-Punkte an.

Die Erklärungen zu diesen Punkten sind im Anhang wiedergegeben.

8. Sonstiges

Die Vertreterin der Kommission machte die Delegationen auf die Konferenz "Assises de la Justice" aufmerksam, die die Kommission am 21./22. November 2013 in Brüssel ausrichten wird und auf der über die Zukunft der Justizpolitik beraten werden soll.

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

9. Sonstiges

– **Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen**

Der Rat verständigte sich darauf, diesen Punkt zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

10. Vorläufige Regelung betreffend die Aufnahme der CEPOL

Der Rat hielt fest, dass die Minister während des Mittagessens einvernehmlich vereinbart haben, dass die Europäischen Polizeiakademie (CEPOL) nach Budapest (Ungarn) umziehen soll, sobald sie Bramshill verlassen hat. Der entsprechende Rechtsakt muss so bald wie möglich auf der Grundlage des Artikels 87 Absatz 2 Buchstabe b AEUV nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassen werden.

Die luxemburgische Delegation gab eine Erklärung ab, die im Anhang zu diesem Protokoll wiedergegeben ist (Seite 12). Frankreich teilt grundsätzlich die Bedenken der luxemburgischen Delegation.

11. Fragen im Zusammenhang mit dem freien Personenverkehr

– Zwischenbericht der Kommission

Der Rat nahm den mündlichen Zwischenbericht der Kommission zu Fragen im Zusammenhang mit dem freien Personenverkehr zur Kenntnis. Die Kommission zog ein vorläufiges Fazit, wonach keine Hinweise auf einen massiven Missbrauch der Rechte auf Freizügigkeit vorliegen. Sie schlug dennoch eine Reihe von Maßnahmen innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens zur Verbesserung der Umsetzung in die Praxis vor.

Der Rat ersuchte die Kommission, weiterhin Daten zu sammeln und auszuwerten und dem Rat (Justiz und Inneres) im Dezember 2013 einen endgültigen Bericht vorzulegen.

12. Syrien: Schutz von Flüchtlingen, jüngste Entwicklungen

Der Rat bekräftigte, dass die EU fest entschlossen ist, der betroffenen Bevölkerung in Syrien und dessen Nachbarländern mehr Unterstützung zukommen zu lassen; er forderte die Mitgliedstaaten auf, sich hierbei stärker zu engagieren, insbesondere falls sich die Lage in Syrien weiterhin verschlechtern sollte.

Der Rat begrüßte die Fortschritte bei der Erstellung eines regionalen Schutzprogramms und forderte die Kommission auf, ihre wichtige Arbeit an diesem Programm, in dem es sowohl um die Lage der Flüchtlinge als auch um Entwicklungsaspekte in dieser Region des Nahen Ostens geht, fortzusetzen.

Der Rat nahm die Ergebnisse der Erkundungsmission zur Kenntnis, die die Kommission in Zusammenarbeit mit dem EASO und der FRONTEX durchgeführt hatte; besucht wurden Bulgarien, Zypern und Griechenland, wobei das Ziel darin bestand, die Entwicklung der Lage in diesen Mitgliedstaaten mit Blick auf aktuelle und potenzielle Migrationsschübe insbesondere aus Syrien zu beobachten.

Abschließend vereinbarte der Rat, sich auf einer seiner nächsten Tagungen erneut mit der Lage in Syrien und insbesondere der Frage des Schutzes der syrischen Flüchtlinge zu befassen.

13. Lampedusa - jüngste Ereignisse: Problematik der Migrationsströme und Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

– Antrag der italienischen Delegation

Der italienische Minister brachte die tragischen Ereignisse vor der Küste von Lampedusa und die hohe Zahl von Todesopfern zur Sprache und machte verschiedene Vorschläge, mit denen verhindert werden soll, dass sich solche Tragödien im Mittelmeer wiederholen. Speziell forderte er die Einberufung einer gemeinsamen Task Force Italiens und der Kommission, die prüfen soll, mit welchen konkreten Maßnahmen die derzeitige Lage verbessert werden kann. Mehrere Mitgliedstaaten und die Kommission unterstützten den Vorschlag.

In der anschließenden Diskussion brachten die Minister ihre Solidarität mit Italien angesichts der tragischen Ereignisse vor Lampedusa zum Ausdruck. Generell wurde betont, dass mit Blick auf die illegale Einwanderung die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern verstärkt werden muss, um die grundlegenden Ursachen dieses Problems anzugehen. Vielfach wurde auch hervorgehoben, dass stärker gegen Schleusung und Menschenhandel vorgegangen werden muss und dass es wichtig wäre, die Rolle und die Kapazitäten von FRONTEX zu stärken. Der Rat verständigte sich darauf, die Problematik sorgfältig weiter zu beobachten.

14. **Erstes Jahresforum zu Umsiedlungsfragen, 25. September 2013**

- Informationen der Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission über die Ergebnisse des Ersten Jahresforums zu Umsiedlungsfragen, das am 25. September 2013 in Brüssel stattgefunden hatte. Malta hob hervor, wie wichtig konkrete Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Umsiedlungsmaßnahmen in der Union ist.

15. **Sonstiges**

- **Fähigkeiten für zivile GSVP-Missionen** (auf Antrag des EAD)

Die Hohe Vertreterin Ashton gab einen kurzen Überblick über die laufenden GSVP-Missionen und erklärte, dass künftig mehr Mittel darauf verwendet werden müssten, die Sicherheit des Missionspersonals zu gewährleisten. Sie dankte den Ministern für Justiz und Inneres für ihren Beitrag zu den Missionen und bat sie, sich in diesem Bereich noch stärker zu engagieren, da die Einrichtung und Durchführung dieser Missionen auch künftig eine Herausforderung darstellen werde. Abschließend wies sie darauf hin, dass es wichtig sei, über Ausstiegsstrategien zu verfügen.

- **Ergebnisse des informellen Treffens der Innenminister der Schengen-Staaten mit Landaußengrenzen**

= Informationen der finnischen Delegation

Der Rat nahm Informationen der finnischen und der polnischen Delegation über die Ergebnisse des informellen Treffens der Innenminister der Schengen-Staaten mit Landaußengrenzen zur Kenntnis.

- **Griechenlands überarbeiteter Aktionsplan zu Asyl und Migration**

= Informationen der griechischen Delegation

14347/13 ASIM 79 COMIX 529

Der Rat nahm die Bemühungen Griechenlands zur Verbesserung seiner Asyl- und Migrationssysteme zur Kenntnis. Die Kommission erklärte, sie habe die Absicht, die Umsetzung des griechischen Aktionsplans im Rahmen von Besuchen vor Ort zu überprüfen.

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

Zu A-Punkt 12: **Beschluss des Rates über die Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Übereinkommen zwischen der Europäischen Union und Island, Norwegen und Liechtenstein über die künftigen Finanzbeiträge der EWR-EFTA-Staaten zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Europäischen Wirtschaftsraum**

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

"Nach Auffassung der Kommission sollte in einem Beschluss des Rates zur Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen keine materielle Rechtsgrundlage angegeben werden. Es ist verfrüht, zum jetzigen Zeitpunkt die korrekte materielle Rechtsgrundlage für die Unterzeichnung und den Abschluss eines künftigen Abkommens festzulegen. Die Wahl der materiellen Rechtsgrundlage wird im Einklang mit der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs auf der Grundlage objektiver Faktoren wie Zielsetzung und Inhalt des Abkommens erfolgen müssen."

Zu A-Punkt 13: **Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über ein neues Protokoll zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe aufzunehmen – Annahme**

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

"Nach Auffassung der Kommission ist es nicht erforderlich, dass in einem Beschluss des Rates zur Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen eine materielle Rechtsgrundlage angegeben wird."

ERKLÄRUNG DER NIEDERLANDE UND DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

"Nach Auffassung der Niederlande und des Vereinigten Königreichs gibt die Ex-post-Bewertung des derzeitigen Protokolls zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe Anlass zu Bedenken im Hinblick auf die Aushandlung eines neuen Protokolls; daher können sie diesen Beschluss nicht unterstützen. Die genannten Delegationen möchten insbesondere ihre Bedenken in Bezug auf das Ausmaß der Befischung von Haien in den Gewässern der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe äußern. Es besteht offenbar kein klares Bewirtschaftungssystem, das den erforderlichen Schutz dieser Arten sicherstellen würde. Ferner wird in der Ex-post-Bewertung angezweifelt, dass das Protokoll dem lokalen Fischereisektor ausreichend Nutzen bringt. Schließlich bietet der wirtschaftliche Ertrag für die Europäische Union offensichtlich kein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis."

Zu Tagesordnungspunkt 10: Vorläufige Regelung betreffend die Aufnahme der CEPOL

ERKLÄRUNG LUXEMBURGS

"Es wird davon ausgegangen, dass das vorgeschlagene Verfahren unbeschadet der Nummer 6 des Gemeinsamen Konzepts im Anhang zu der Gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates der EU und der Europäischen Kommission zu den dezentralen Agenturen vom 19. Juli 2012 anzuwenden ist, der zufolge politische Beschlüsse über die Sitze der dezentralen Agenturen von den auf Ebene der Staats- und Regierungschefs vereinigten Vertretern der Mitgliedstaaten oder vom Rat zu fassen sind. Luxemburg erinnert daran, dass die Organe der Gemeinsamen Erklärung zu den dezentralen Agenturen zufolge das Gemeinsame Konzept bei ihren künftigen Beschlüssen über die dezentralen Agenturen der EU – nach vorheriger Einzelfallprüfung – zu berücksichtigen haben. Luxemburg kann dem vorgeschlagenen Verfahren zur politischen Einigung über den vorläufigen Sitz der CEPOL nur insoweit zustimmen, als es Zweck dieses Verfahrens ist, den vorläufigen Sitz einer Agentur im Einklang mit einem geltenden Rechtsinstrument festzulegen."
